

MEINE SICHT

Soldaten werden Mörder



Andreas Fritsche über die Werbung der Bundeswehr
Foto: nd/Ulli Winkler

Die Technikbegeisterung wird ausgenutzt. Es wird mit guten Verdienstmöglichkeiten geworben oder an idealistische Einstellungen appelliert.

Schülern, die mit dem Gedanken spielen, zur Bundeswehr zu gehen, wird aber nicht richtig klar gemacht, dass sie dies mit ihrem Leben bezahlen könnten. Dabei besteht diese Gefahr für Soldaten schon allein dann immer, wenn es für ihre Armee nur darum geht, die Grenzen ihrer Heimat zu verteidigen. Denn es könnte ja ein Angriff erfolgen. Die Bundesrepublik wird aber inzwischen angeblich auch am Hindukusch und anderswo verteidigt. Auslandseinsätze erhöhen die Gefahr, im Kampf zu fallen.

Zwar geht es in militärischen Strategien auch um Geländegewinne und taktische Vorteile. Das Ausschalten des Gegners gehört aber untrennbar dazu. So werden Soldaten im Krieg Mörder oder sie werden selbst ermordet. Damit macht die Bundeswehr keine Werbung.

Dass die Grausamkeiten bei der Werbung ausgeblendet werden, ist logisch. Was wäre die Alternative? Die Wiederbelebung des Wehrdienstes, dem nur per Kriegsdienstverweigerung zu entgehen ist. Auch kein schöner Gedanke.

Verhandlung zu Zensus 2011

Das Bundesverfassungsgericht verhandelt am 24. Oktober in Karlsruhe über die Klagen der Länder Berlin und Hamburg gegen die Volkszählung Zensus 2011. Beide Länder klagten gegen das damals angewandte Stichprobenverfahren, wonach die Einwohnerzahl der Stadtstaaten erheblich nach unten korrigiert worden war. Das führte im Länderfinanzausgleich zu deutlichen Einbußen. Für Berlin gehe es um 4,7 Milliarden Euro im Zeitraum 2011 bis 2021, berichtete die »Berliner Morgenpost« am Sonntag. Berlin zweifelte die Erhebungsmethode an. *dpa/nd*

Krieg zum Anfassen

Bundeswehr präsentiert sich als attraktiver Arbeitgeber beim Tag der offenen Tür des Verteidigungsministerium

Nirgendwo fanden sich am Wochenende so viele Informationen zu Karrierechancen, wie beim Verteidigungsministerium. Die Besucher strömten dennoch mehr zu den Panzern und Tornados.

Von Katharina Schwirkus

»Ich kann mir vorstellen, beim Bund zu arbeiten, insbesondere im Ministerium, und möchte daher heute die Führung durch den Bendlerblock machen«, sagt Lena Schwanbeck, eine Studentin, die mit ihren Eltern in einer Schlange vor dem Verteidigungsministerium ansteht. Sie sind extra aus Straußberg gekommen. »Ich habe früher in der NVA gedient«, erzählt ihr Vater Peter Fiedler, der nach seiner Wehrpflicht noch drei Jahre als Flugzeugmechaniker in Peenemünde gedient hat.

Um an der Führung teilzunehmen, muss man durch eine extra Si-



Der Himmel über Pankow

Bürgerinitiativen werben im Bürgerpark für die Schließung des Flughafens Tegel

Im Landeanflug auf den Flughafen Berlin-Tegel

Foto: dpa/Jörg Carstensen

LINKE und Grüne sind für die Schließung des Flughafens Tegel. Lärmgeplagte Anwohner vertrauen ihnen jedoch nicht voll und ganz.

Von Andreas Fritsche

Es herrscht Ostwind. Das bedeutet: Die Gegend ist am Sonnabend nicht bloß Einflugschneise für den Flughafen Berlin-Tegel. Die Passagiermaschinen starten über die Dächer von Reinickendorf hinweg und gewinnen über dem Bürgerpark Pankow schnell an Höhe, bevor sie später einschwenken und Kurs auf ihr Ziel nehmen. Das alles geschieht mit dröhnenden Turbinen. Es ist laut, extrem laut.

Am Boden lässt sich stellenweise das eigene Wort nicht verstehen. Doch diese Bedingungen helfen den Grünen, am Rande des Bürgerparkwahlkampfes zu machen. Ihr Fest gegenüber vom Kinderbauernhof »Pinke Panke« haben die Kreisverbände Pankow, Reinickendorf und Mitte diesmal unter das Motto »Tegel endlich schließen!« gestellt.

Die gleichnamige Bürgerinitiative ist vor Ort und hat Mitstreiter und Material von gleich gesinnten Initiativen mitgebracht: »Himmel über Berlin«, »Gegen das Luftkreuz auf Stadtflughäfen«, »Danke Tegel. Es reicht!«, »Good bye Tegel« und »Pankow sagt Nein zum Flughafen TXL«. Am 24. September gibt es parallel zur Bundestagswahl einen Volksentscheid zur Offenhaltung des Flughafens.

Die gleichnamige Bürgerinitiative ist vor Ort und hat Mitstreiter und Material von gleich gesinnten Initiativen mitgebracht: »Himmel über Berlin«, »Gegen das Luftkreuz auf Stadtflughäfen«, »Danke Tegel. Es reicht!«, »Good bye Tegel« und »Pankow sagt Nein zum Flughafen TXL«. Am 24. September gibt es parallel zur Bundestagswahl einen Volksentscheid zur Offenhaltung des Flughafens.

Viele Besucher treibt es daher zu den Panzern, zur Hüpfburg oder zu den ausgestellten Waffen. »Am besten hat mir das Tornadofliegen gefallen«, sagt die neunjährige Ella Diedrich aus Fürstenwalde. Ihr Vater erzählt, dass er auf Facebook von der Veranstaltung erfahren habe. Ob sie auch noch zu anderen Ministerien gehen, die heute ebenfalls Tag der offenen Tür haben, wüsten sie noch nicht. »Die Zeit vergeht hier wie im Flug, mal gibt es was zum Anfassen, mal zu Ausprobieren«, sagt Mutter Linda Diedrich.

Der Stand zu Berufsmöglichkeiten bei der Bundeswehr ist im Verhältnis zum selbigen Stand beim Auswärtigen Amt besonders groß.

Eigentlich muss Tegel schließen, wenn der neue Hauptstadtflughafen BER in Schönefeld fertig wird. Doch mit dem Volksentscheid versucht die FDP, daran herumzudeckeln. Die CDU ist auf den Zug aufgesprungen.

Martina Scherf, die sich in einer Bürgerinitiative engagiert, ist sauer auf FDP-Fraktionschef Sebastian Czaja, der den Volksentscheid angeschoben hat. Damit habe Czaja die Stadt gespalten, schimpft sie. Diesmal nicht in Ost und West, sondern in Nord und Süd. Im Norden sind die Einwohner vom Fluglärm betroffen, der durch den Airport Tegel entsteht. Im Süden hoffen etliche Bürger, sie würden weniger Fluglärm vom BER abbekommen, wenn Tegel weiter betrieben würde. Bei einigen Befürwortern von Tegel schwingt auch eine gehörige Portion Nostalgie mit.

Im Moment liegen die Befürworter einer Offenhaltung in den Umfragen vorn. Martina Scherf aus Pankow kann das kaum fassen. »Es ist wie beim Brexit«, beklagt sie. Die Leute informieren sich nicht richtig – und hinterher gibt es dann vielleicht das böse Erwachen. Allein 100 Millionen Euro jährlich würde es extra kosten, Tegel neben dem BER zu betreiben, rechnete die Flughafengesellschaft vor. Zudem müssten Unsummen in die Sanierung von Tegel gesteckt werden.

Das Argument, bei einer Schließung von Tegel würden in Reini-

ckendorf und Pankow die Mieten explodieren, lässt Scherf nicht gelten. Die Mieten seien wegen der Wohnungsnot auch so schon gestiegen und werden weiter steigen – mit oder ohne den Flughafen.

Ein Anwohner läuft auf dem Fest herum und fragt, ob die Grünen im Falle einer Regierungsbildung mit der CDU dafür sorgen würden, die Offenhaltung von Tegel per Koalitionsvertrag auszuschließen. Der Mann trägt ein blaues Jacket und sagt von sich, er sei liberal eingestellt. Die FDP wird er am 24. September nun nicht ankreuzen. Wenn er auf seiner Ter-

»Ich würde die Offenhaltung von Tegel nicht akzeptieren. Ich wohne doch in Pankow.«

Jürgen Trittin (Grüne)

rasse sitzt, ärgert ihn der Fluglärm. Er zieht in Betracht, die Grünen zu wählen, wenn sie ihm glaubhaft zusichern, in seinem Interesse zu handeln. Doch die Antworten, die er auf dem Fest bekommt, stellen ihn nicht zufrieden. Nach seinem Eindruck will ihm niemand etwas in die Hand versprechen. Der frühere Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne), der sich gerade seinen Fahrradhelm

aufsetzt und davonstrampeln will, vermutet, dass Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) gar nicht verlangen würde, dass die Offenhaltung Tegels in den Koalitionsvertrag aufgenommen wird. »Wenn aber doch?«, hakt der Herr im blauen Jacket nach. Trittin versichert: »Ich würde die Offenhaltung von Tegel nicht akzeptieren. Ich wohne doch in Pankow.« Doch der Anwohner bleibt misstrauisch.

Misstrauisch sind auch Mitglieder der Bürgerinitiativen wie Martina Scherf. Sie haben gelesen, dass Kultursenator Klaus Lederer (LINKE) gesagt habe, seine Partei nehme den Volksentscheid ernst. Für Sozialisten, die mehr direkte Demokratie begrüßen, ist dies ein selbstverständlicher Standardsatz. Doch Scherf und die anderen haben die Sorge, dass sich hier eine Absetzbewegung andeutet. Scherf ist sowieso schon verschnupft nach einem Treffen der Initiativen mit dem Bundestagsabgeordneten Stefan Liebich (LINKE) auf dem Anger von Pankow. Sie fühlte sich als Kulisie für ein Interview missbraucht, dass Liebich dem Sender rbb gegeben habe. Mit den Initiativen habe der Abgeordnete nur kurz gesprochen, kritisiert Scherf. Dabei hat sich Liebich immerhin klar für die Schließung von Tegel positioniert. Die letzten Worte von Scherf sind kaum noch zu hören. Die Trommelgruppe »Green Igelz« hat zu spielen begonnen und übertönt alles, sogar den Fluglärm.

Ehe für alle fordert Ämter heraus

Ab Oktober gibt es die Ehe für alle. Bisher gab es für Lesben und Schwule nur die eingetragene Lebenspartnerschaft. Die neue Regelung stellt die Software vor ein Problem.

Schwule und Lesben können bald richtig heiraten. Aber das Verwaltungssystem der Standesämter kann die ab dem 1. Oktober mögliche Ehe für alle nicht korrekt erfassen. Wie das Standesamt Tempelhof-Schöneberg bestätigte, können in der Software nicht zwei Männer oder zwei Frauen als Paar eingetragen werden. Somit muss ein Partner mit einem falschen Geschlecht eingetragen werden. Eine Formalie, aber das Beheben dauert noch: Im Herbst 2018 soll dieses Problem gelöst sein, erklärte eine Mitarbeiterin des Standesamtes in Tempelhof. Über das Software-Problem hatte die »Berliner Morgenpost« diese Woche berichtet.

Der Bundestag hat Ende Juli über die Ehe für alle abgestimmt. Eine Mehrheit von SPD, Linkspartei und Grünen sowie einem Viertel der CDU/CSU-Fraktion beschloss die rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen. Die eingetragene Lebenspartnerschaft gibt es künftig nicht mehr.

Nicht alle Standesämter erwarten einen hohen Andrang zur Ehe für alle. Neben der Eheschließung spielt vor allem das Umwandeln der Lebenspartnerschaften eine Rolle. Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, wo eine Szene-Hochburg liegt, haben sich dafür 41 Paare angemeldet. »Hier gibt es schon ein großes Interesse«, sagte ein Sprecherin des Standesamtes.

In Treptow-Köpenick und Charlottenburg-Wilmersdorf haben sich erst sehr wenige Paare für die Eheschließung angemeldet. Auch in Steglitz-Zehlendorf wird keine Veränderung der aktuellen Zahlen erwartet. Allerdings werden schwule und lesbische Paare dort nicht gesondert gezählt. »Das Wesentliche des Gesetzes ja gerade die rechtliche Gleichstellung«, erklärt der stellvertretende Bürgermeister Michael Karnetzki (SPD).

In Charlottenburg sind bislang sechs Umwandlungen und vier gleichgeschlechtliche Ehen geplant. Aus Friedrichshain-Kreuzberg und anderen Bezirken waren noch keine Angaben zu bekommen.

Weil der 1. Oktober auf einen Sonntag fällt, ist das Heiraten erst ab Montag möglich. *dpa/nd*

ANZEIGE

DER RAT DER GÖTTER

DEFA 1950

nd-Filmclub special
Mittwoch, 30. August 2017

Gedenkveranstaltung für Inge Keller

Paul Werner Wagner im Gespräch mit Hans-Dieter Schütt

Der Amerikaner Richard Sasuly schrieb nach Prozessakten ein Buch über die IG Farben. Der Film orientiert sich daran und thematisiert die Rüstungsproduktion und Giftgasherstellung für die Konzentrationslager der Nazis. Dem Konzern ging es um Expansion und Gewinn um jeden Preis. Der Chemiker Dr. Scholz ist ein Mitläufer, der sich aus Angst der Wahrheit verschließt. Erst nach einer Explosionskatastrophe 1948 in Ludwigshafen bricht er sein Schweigen. Der Film ist ein Wiedersehen mit der wunderbaren Inge Keller.

In Kooperation mit der Friedrich-Wolf-Gesellschaft und Kino TONI

KINO TONI AM ANTONPLATZ, BERLIN, ANTONPLATZ 1
EINTRITT 8 €, ERM. 6 €, RESERVIERUNG: 030-92 79 12 00